

Himmelreich: Schweden ist gewiß ein Beispiel dafür, daß Eliten auswandern. Aber das führt natürlich ein Stück über den bisherigen Diskussionszustand zu Flexibilisierung und Teilzeitarbeit hinaus. Im Grunde geht es dabei um die Einstellung der Gesellschaft zur Arbeit, um die Frage nach dem Selbstverständnis des einzelnen und sein Selbstwertgefühl, das sich mit der Arbeit verbindet und um die Ausgestaltung der Steuerlast. Davon bleibt natürlich auch der Leistungsbegriff nicht unberührt.

„Das Arbeitszeitverhalten wird sich auf den Leistungsbegriff auswirken“

HK: D.h. der Leistungsbegriff verliert an Bedeutung oder wird nach anderen Kriterien neu bestimmt? ...

Himmelreich: Das kann gar nicht anders sein. Wenn die Freizeitgesellschaft ihren Fortgang nimmt, muß sich das auf das Arbeitswertverhalten und damit auch auf den Leistungsbegriff auswirken. Ich vermag aber nicht den Limes oder den Rubikon anzugeben, von dem aus das mit Sicherheit der Fall ist. Ich kann für heute nur feststellen: Wir haben auf der einen Seite nach wie vor eine hohe Identifikationsbereitschaft des Durchschnittsbürgers mit der Arbeit und ein hohes Maß an Befriedigung in der Arbeit, und soweit dies der Fall ist, auch noch ein echtes Leistungsstreben. Die Maßstäbe dafür mögen sich inzwischen geändert haben, aber Leistungsbewußtsein ist jedenfalls vorhanden. Umfragen weisen aber auch die Neigung aus, Freizeit höher zu bewerten und seine Befriedigung dort zu suchen. Es sind nicht immer dieselben

Personengruppen, die da befragt werden, aber es sind auf jeden Fall Zeitzeichen, die man sehen muß.

HK: Und welche Folgerungen ziehen Sie daraus für das Arbeitsethos? Es gibt dazu ja recht unterschiedliche Positionen, wenn man etwa auf der einen Seite an Elisabeth Noelle-Neumann und auf der anderen Seite an Burkhard Strümpel oder an Gerhard Schmidtchen denkt. Die einen konstatieren ein generelles Absinken der Arbeitsmoral; die anderen preisen die neuen – kommunikativen – Arbeitstugenden, die sie mit der Gewöhnung an die Hochtechnologie entstehen sehen.

Himmelreich: Wir brauchen nicht nur „neue“ Tugenden im Verbund mit alten, mehr Innovationsfähigkeit, mehr soziale Sensibilität, aber auch Widerstandskraft. Auch der Inhalt dessen, was wir heute als Arbeit definieren, ist mit dem, wie wir es vor 70 Jahren definiert haben, nicht mehr vergleichbar. Der überwiegende Teil der Arbeit auch in der Produktion, von den Dienstleistungen einmal abgesehen, wird ja nicht mehr im Schweiß des Angesichts getan. Aber das Qualifikationsniveau steigt, die Anforderungen an die selbstverantwortliche Gestaltung des Arbeitsplatzes steigen. Damit bilden sich auch neue Bewußtseinsinhalte zur Bestimmung der Arbeit als Lebenswert. Aber ich scheue mich auch da, eine Prognose zu stellen: Wird der Arbeitswert und damit das Arbeitsethos sinken? Oder wird es steigen? Das ist für mich ein offener Prozeß. Die Sozialgeschichte zeigt zur Genüge, wie oft die gesellschaftliche Bewertung der Arbeit im Verlaufe der Geschichte neue Akzentuierungen erfahren hat und wie rasch diese wechseln können.

Ist Flexibilisierung arbeitnehmer- und familienfeindlich?

Fragen an Irmgard Blättel

Hält der Ruf nach mehr Flexibilisierung von Arbeits- und Freizeit das, was er verspricht? Inwieweit werden Arbeitnehmer und speziell Familien dadurch neuen Belastungen ausgesetzt? Werden Frauen die vornehmlichen Opfer von Teilzeitarbeit? Und was hat der arbeitsfreie Samstag mit dem Schutz des Sonntags zu tun? Aus der Sicht der Gewerkschaften antwortete DGB-Vorstandsmitglied Irmgard Blättel.

HK: Frau Blättel, die Arbeitslosenzahl ist in den letzten Monaten zwar konjunktur- und nicht nur saisonbedingt, um einiges zurückgegangen. Aber bei einer Arbeitslosenquote um 8 Prozent – zum günstigsten Jahrestermine – haben wir es weiterhin mit Massenarbeitslosigkeit zu tun. Ist das ein Strukturproblem, gegen das auf absehbare Zeit wenig unternommen werden kann? Oder fehlt es schlicht

an der notwendigen Flexibilität bei der Arbeitsteilung und Arbeitszeitgestaltung?

Blättel: Es ist überwiegend ein Strukturproblem. Wenn Sie sagen, die Arbeitslosenzahlen seien etwas zurückgegangen, dann stimmt das. Aber die Hoffnungen auf Rückgang waren viel höher angesetzt, auch von der Bundesregierung. Wahr ist allerdings auch, daß wir in den letzten Jahren mehr Beschäftigte haben. Aber man muß genau hinsehen, welche Art von Beschäftigten das sind. Wir haben eine steigende Zahl von Teilzeitbeschäftigten und unter diesen ein Heer von nicht versicherungspflichtig Beschäftigten ...

HK: Teilzeitarbeit ist für Sie also kein Weg zur Verringerung von Arbeitslosigkeit, sondern eher einer zur Ka-

sicherung von Unterbeschäftigten, auf dem keine Probleme gelöst werden?

Blättel: Die Sache ist etwas komplizierter, als daß ich dazu glatt ja oder nein sagen könnte. Wir haben heute schon ca. 3 Millionen Teilzeitbeschäftigte, davon sind ca. 90% Frauen. Viele dieser Menschen können nur erwerbstätig werden, wenn oder weil sie eine Teilzeitarbeit erhalten bzw. erhalten haben, weil sie z.B. noch andere Aufgaben – z.B. Familienaufgaben – zu erfüllen haben. Für diese Menschen brauchen wir Teilzeitarbeitsplätze. Der DGB fordert das auch in seinen Programmen. Etwas anderes ist es, ob wir als Gewerkschaften zusehen können, daß Vollzeitarbeitsplätze aus Gründen höherer Kapitalrendite in Teilzeitarbeitsplätze aufgeteilt werden, um das Personal noch stärker kapazitätsorientiert einsetzen zu können. Und drittens gibt es natürlich auch Bemühungen der Bundesregierung, die Teilzeitarbeit zur Senkung der Arbeitslosenzahlen zu fördern. Das ist dann das Kaschieren der in der Tat vorhandenen Unterbeschäftigung. Die Diskussion über Teilzeitarbeit ist außerdem belastet durch den Mißbrauch der unteren Grenzen für die Versicherungspflicht. Das heißt, wir haben in steigendem Umfang in den letzten Jahren Arbeitsverhältnisse mit einem Monatsentgelt von unter 440,- DM bekommen. Diese Arbeitnehmer – vor allem sind das Frauen – fallen aus jeglicher Sozialversicherung heraus. Nicht wenige werden in betrügerischer Absicht gezwungen, unter verschiedenen Namen mehrere solcher geringfügiger versicherungsfreier Arbeitsverhältnisse einzugehen. Unter dem Oberbegriff „Flexibilisierung“ läuft noch manches andere, was Gewerkschaften mit großer Sorge sehen, beispielsweise der stärkere Druck auf bisher ganztags beschäftigte Arbeitnehmer, sich selbständig zu machen und künftig die gleiche Arbeit als Subunternehmer zu erbringen. Das passiert derzeit z.B., weil große Unternehmen ihre eigenen Transportabteilungen auflösen. Sie bieten dem Lastwagenfahrer den Kauf des Wagens und Werksverträge an ...

HK: Aber dieser Zwang, sich „selbständig“ zu machen in bestimmten Sparten, hat wenig mit dem „Kurzzeitarbeiter“ unterhalb der Sozialversicherungsgrenze zu tun.

Blättel: Er ist Teil einer problematischen Entwicklung wie z.B. die Verlagerung von Satzherstellung oder von Schreibarbeiten in Gelegenheitsarbeit auch ...

HK: Ist es, um an das Beispiel anzuknüpfen, aber nicht vielfach so, daß gerade die neuen Formen von Heimarbeit vor allem von Leuten, ganz überwiegend von verheirateten Frauen, nachgefragt werden, die einfach ein Zubrot verdienen und gar nicht voll in den Arbeitsprozeß einsteigen wollen? Da spielt z.B. der eigenständige Rentenanspruch oft keine entscheidende Rolle, weil die Absicherung durch den Ehepartner ausreicht.

Blättel: Das muß ich ganz grundsätzlich und nachdrücklich zurückweisen. Es gibt überhaupt keine Garantie für Ehen, daß sie halten. Zweitens kann ich auch nicht hinnehmen, daß eine große Gruppe Menschen, die wie Ar-

beitnehmer, also gewerbsmäßig arbeitet, keine Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlt oder zahlen kann, obwohl sie von dieser Solidargemeinschaft letztendlich auch ihre Sicherung erhält, wie z.B. die von Ihnen genannten Ehefrauen. Hier wird die Solidarität berührt und verletzt. Drittens sind zum anderen die Witwenrenten zum Teil sehr niedrig. Ein ganz hoher Teil von Arbeiterwitwen hat nach wie vor nicht mehr als 600 DM. Schon deswegen müssen die heute erwerbstätigen Frauen für einen eigenständigen Rentenanspruch sorgen.

„Wir haben 700 000–800 000 Frauen, die Vollzeitarbeitsplätze suchen“

HK: Auch noch nach der Neuordnung der Rentenansprüche Verwitweter?

Blättel: Auch jetzt noch. Aber ich lehne Ihr Argument auch grundsätzlich ab: Wegen meines Partnerschaftsverständnisses von Mann und Frau und der gleichberechtigten Beteiligung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen. Es gibt zu viele Kreise in unserer Gesellschaft, die das Arbeitslosenproblem gerne dadurch lösen würden, daß sie Frauen mehr oder weniger nachdrücklich zurück an den häuslichen Herd schicken möchten. Wir kennen hinlänglich die historischen Beispiele von Frauenreservearmeen, die man rigoros ohne die geringste Rücksicht auf deren soziale Situation wieder nach Hause schickte, z.B. aufgrund der Demobilmachung nach dem Ersten und aufgrund der Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Da wurden sogar Witwen mit Kindern nach Hause geschickt. Aber auch heute gibt es noch den frauendiskriminierenden Vorwurf, als verheiratete Frau Doppelverdienerin zu sein.

HK: Diesen Trend dürfte es auch bei der Schaffung flexiblerer Arbeitsformen und -zeiten nach wie vor geben. Aber wird er von den Betroffenen auch als so akut empfunden, wie er sich für die Gewerkschaften darstellt?

Blättel: Wer sich ernsthaft mit den grundlegenden Problemen der Frauen befaßt, der kommt meistens zu meiner Meinung. Ganz eindeutig wird die Lage von Frauen spätestens dann begriffen, wenn ihre Ehe und damit ihre Versorgung in Gefahr geraten. Deshalb müssen wir mit dafür sorgen, daß es auch ausreichende Vollzeitverhältnisse gibt.

HK: Es bleibt aber dabei, daß ein großer Teil verheirateter und arbeitslos gemeldeter Frauen Teilzeitarbeit suchen?

Blättel: Wir haben über eine Million arbeitslos gemeldete Frauen; wir haben mindestens 1–1,5 Millionen Frauen in der stillen Reserve, die sofort auf den Arbeitsmarkt gingen, wenn sie Aussicht hätten, Arbeit zu bekommen. Darunter ist sicher auch eine beträchtliche Zahl solcher Frauen, die Teilzeitarbeit suchen. Wir haben unter den gemeldeten Arbeitslosen um 290 000 Teilzeitarbeitssuchende (davon allerdings bis zu 90% Frauen). Aber wir

haben bei den Frauen 700 000–800 000 Arbeitslose, die Vollzeitarbeitsplätze suchen. Wir müssen beiden gerecht werden, denjenigen, die Vollzeitarbeit und denjenigen, die Teilzeitarbeiten suchen. Unter den letzteren sind vielleicht auch einige, die nicht vollzeitig arbeiten wollen, weil ihnen das Geld aus Halbtagsarbeit reicht.

HK: Was arbeitsmarktpolitisch sicher wünschenswert und vom einzelnen her gut vertretbar ist, wenn es sich z. B. um Paare oder Familien mit hohem Haushaltseinkommen handelt ...

Blättel: Sicher gibt es solche Fälle. Aber das ist nicht die Mehrheit. Es gibt natürlich das Bemühen von Politikern, eine Teilzeittoffensive in Gang zu setzen, um über diesen Weg Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie wollen damit also auch Arbeitszeitverkürzung, diese aber ohne Lohnausgleich. Das unterstützen sie mit gewissen Leistungsgesetzen. Über sie wird Druck ausgeübt, daß Teilzeitarbeit aufgenommen wird anstelle Vollzeitarbeit. Das Erziehungsgeld während des Erziehungsurlaubs bekommen nur jene, die ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder sie auf unter 19 Wochenstunden reduzieren. Die anderen, die über 19 Stunden erwerbstätig bleiben, bekommen nichts, obwohl sie vielleicht wichtige Gründe für volle Erwerbstätigkeit haben, zumal es für den Erziehungsurlaub keinen absoluten Kündigungsschutz mehr gibt. Oder nehmen Sie die Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Auch sie sind an die Tatsache geknüpft, daß in dieser Zeit kein oder nur ein eingeschränkter eigener Beitrag geleistet wird. Vollerwerbstätige werden hier wieder von keinem Leistungsgesetz ausgeschlossen, obwohl auch sie Kinder erziehen.

„Frauen und Männer sollen an allen Lebensbereichen teilhaben“

HK: Das läßt sich auch anders sehen. Wer ins Erwerbsleben mit allen damit verbundenen Leistungsansprüchen voll eingegliedert ist, braucht keine zusätzlichen Leistungen. Erziehungsgeld und Anrechnung von Erziehungszeiten in den Rentenberechnungen sind doch Ausfall-Leistungen mit vernünftiger familienpolitischer Zielsetzung ...

Blättel: Ich sage zum Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Erziehungszeiten in der Rentenversicherung nicht grundsätzlich ja. Ich begrüße das alles, denn ich habe lange genug dafür gekämpft. Was mich aber sehr stört ist, daß von diesen Leistungen für Kindererziehung diejenigen ganz oder teilweise ausgeschlossen sind, die ihre Erwerbsarbeit nicht unterbrechen, die sie vielleicht gar nicht unterbrechen können. So werden aus diesen Regelungen wieder Instrumente, um Erwerbsarbeit zu bestrafen.

HK: Sie haben eingangs festgestellt, daß die Zahl der Arbeitsplätze zunimmt, die Zahl der Arbeitslosen aber mehr oder weniger konstant bleibt. Ein Grund dafür ist unumstritten: daß die Erwerbsquote bei den Frauen, die auf-

grund der verlängerten Bildungszeiten lange relativ konstant blieb, in den letzten 20 Jahren fast explodiert ...

Blättel: Sie explodiert bei den verheirateten Frauen ...

HK: Bei den Frauen von 25 bis 50 ...

Blättel: Richtig.

HK: Das ergibt für die Erzieherrolle – wenn Kinder nicht von vorneherein ausgeschlossen werden – natürlich eine höchst delikate Phase. Das geht nicht ab ohne familiäre Folgelasten und ohne Auswirkungen auf Kinderwünsche und Familiengröße. Ist es in einer Zeit, in der die Bedeutung von Erwerbsarbeit für die gesamte Lebensgestaltung eher rückläufig ist, nicht äußerst sinnvoll, wie es speziell von katholischer Seite geschieht, der Stützung der Familie den Vorrang vor dem individuellen Recht auf Arbeit zu geben?

Blättel: Nun, ich war in den letzten fünf Jahren auch Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Dazu gehörte z. B. auch die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Frauenorganisationen. Wir hatten einen großen Konsens darüber, daß der Weg der Frauen und Männer in Erwerbsarbeit und Familienarbeit chancengleich sein soll. Natürlich glaubt niemand von uns, daß dadurch Kinder ausgeschlossen oder vernachlässigt werden sollen. Wir müssen eben unsere Arbeit und unsere Gesellschaft so organisieren, daß Frauen und Männer an allen Lebensbereichen teilhaben und Familie haben können. So verstehe ich auch die Bibel mit dem „macht Euch die Erde untertan“.

HK: Ich weiß nicht bzw. erkenne nicht, daß Gen 1, 28 das schon so symmetrisch gemeint hat ...

Blättel: Da haben Frauen eine andere Sichtweise. Frauen und Männer sollen an allen Bereichen teilhaben. Das entspricht doch christlichem Verständnis vom Menschen. Frauen haben viel einzubringen in die Arbeitswelt, in die Politik. Und wir wollen auch, daß Frauen und Männer ihre Familien bestens versorgen. Und deswegen sind wir Gewerkschaftsfrauen schon seit vielen, vielen Jahren so hartnäckig bei der Durchsetzung kürzerer täglicher Arbeitszeiten. Das trifft sich mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, denn Wachstum allein schafft es nicht, alle Arbeitsuchende in Arbeit zu bringen.

HK: Wenn die Erwerbsquote bzw. die Quote der aktuell Erwerbstätigen steigt, die Arbeitslosenzahl aber nicht wesentlich zurückgeht, und dies vor allem auch mit dem höheren Erwerbstätigenpotential bei den Frauen zu tun hat, dann bleibt in einer Gesellschaft von Gleichberechtigten, wenn diese konsequent gewollt ist, nur Arbeitsteilung, vor allem auch in Form von Halbtagsarbeit für Frauen und Männer. Über die weitere Kürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit geht das offenbar nicht ...

Blättel: Arbeitsteilung ja. Dabei setzen wir zum einen auf die kollektive Lösung einer Arbeitszeitverkürzung für alle mit Lohnausgleich, weil sie für alle Erleichterung bringt, das Einkommen stimmt und damit auch die Arbeitnehmer

an den Früchten der Steigerung der Arbeitsproduktivität teilhaben.

HK: Arbeitszeitverkürzung bringt beschäftigungspolitisch nicht viel. Die paar 100 000 Arbeitsplätze mehr reichen nicht.

Blättel: Sie reichen nicht, aber sie sind notwendige Schritte. Im übrigen hätten die Gewerkschaften gern den großen Schritt bei der Arbeitszeitverkürzung gemacht = 35-Stunden-Woche. Das hätte viel mehr gebracht. Wir konnten das aber nicht durchsetzen. Deshalb kann man uns daraus keinen Vorwurf machen. Im übrigen fordert der DGB nach wie vor ein öffentliches Investitionsprogramm, denn wir haben doch eine Vielzahl von Bedürfnissen nicht erfüllt. Ich nenne Stichworte: in der Betreuung älterer Menschen, im Wohnungsbau, Stadtsanierung, in den Abwassersystemen der Städte, im Umweltschutz und vieles andere mehr.

HK: Nochmals zur Arbeitszeitverkürzung: Wenn sie nicht reicht, warum setzen sich die Gewerkschaften dann nicht konsequent z. B. für das Job-Sharing, für die Arbeitsplatzteilung und überhaupt für eine freiere Gestaltung, sei es des Arbeitszeitvolumens, sei es Arbeitszeitgestaltung, ein? Fürchten Sie Ihren Einfluß auf eine so in der eigenen Lebensgestaltung eigenständiger werdenden Arbeitnehmerschaft, auch auf die im produzierenden Gewerbe zu verlieren?

Blättel: Diese Sorge habe ich nicht.

„Die Kapitalrendite ist die Antriebsfeder der Flexibilisierung“

HK: Aber die Gewerkschaften insgesamt haben sie wohl ...

Blättel: Nein, aus dem von Ihnen genannten Grund „Einflußverlust auf Mitglieder“ sehe ich solche Sorgen bei meinen Kollegen und Kolleginnen nicht. Unser Ansatz ist: Was brauchen die Menschen? Was wünschen sie? Die allermeisten Arbeitssuchenden wünschen und brauchen eine Vollzeitarbeit. Das belegt doch auch die Einkommensstatistik! Die Masse unserer Bevölkerung braucht den Vollzeit Arbeitsplatz aus Existenzgründen. Deshalb muß er auch der Regel Arbeitsplatz bleiben. Daneben muß es dem Bedarf der Arbeitnehmer entsprechend genügend Teilzeitarbeitsplätze geben.

HK: Aber diese einheitlich lineare Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche hin mutet ein wenig fantasieelos an. Muß nicht selbst da mehr differenziert werden? Es gibt technisch anspruchsvolle und zugleich monotone Arbeitsplätze an Computern und Schaltpulten mit hoher Anspannung und zugleich hoher Produktivität, wo schon sechs Stunden für das Gesamtfinden aber zuviel sind, und es gibt andere Tätigkeiten und andere Lebensorientierungen, wo ein weiteres Schrumpfen der Arbeitszeit weder notwendig noch erwünscht ist.

Blättel: Aber das haben wir doch heute auch schon.

HK: Könnte es nicht wesentlich mehr sein ...

Blättel: Ich bitte Sie, daran zu denken, wie differenziert unser Tarifvertragssystem ist. Die deutschen Gewerkschaften haben seit 1945 225 000 Tarifverträge abgeschlossen. Zur Zeit sind 44 000 gültig. In jedem Jahr werden rund 6000 neue Tarifverträge abgeschlossen. Wir haben bereits ein sehr hohes Maß an Differenziertheit in den Tarifverträgen, auch was die Pausenregelung angeht oder den Ausgleich an zusätzlicher Freizeit bei besonders belastenden Arbeitsanforderungen. Leider wird diese Differenziertheit in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen.

HK: Dennoch besteht der Eindruck, Sie fürchteten jede weitergehende Flexibilisierung nicht gerade wie der Teufel das Weihwasser, aber doch mindestens so sehr wie die Arbeitgeber die 30-Stunden-Woche.

Blättel: Flexibilität fürchten wir überhaupt nicht. Nur stellen wir fest, daß mit demselben Begriff von Arbeitgeberseite und zum Teil auch von der Bundesregierung etwas ganz anderes gemeint ist. Wir meinen Flexibilität als Mittel, die Arbeitszeitbedürfnisse der einzelnen Arbeitnehmer mit den Anforderungen des Betriebes in Einklang zu bringen. Die Arbeitgeberseite versteht darunter aber, daß aus Gründen besserer Rendite das Personal flexibler eingesetzt werden sollte. Die bessere Kapitalrendite ist also hier die Antriebsfeder, die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen sind unsere Leitlinie ...

HK: Warum soll Teilzeitarbeit und vor allem Halbtagsarbeit den Bedürfnissen von Arbeitnehmern weniger entgegenkommen als den am effizientesten Kapitaleinsatz interessierten Unternehmen, wenn sich Halbtagsarbeit z. B. vom Haushalts- oder Familieneinkommen her rechnet?

Blättel: Das hört sich vordergründig ganz vernünftig an, führt aber zu oft schlimmen Folgen. Musterbeispiele dafür sind Kaufhäuser mit der Folge, daß in Großkaufhäusern heute schon nur noch etwa ein Drittel der Arbeitsplätze Vollzeitarbeitsplätze und alle weiteren Teilzeitarbeitsplätze mit mehr oder weniger individuell gestalteten Arbeitsstunden sind. Wer soll da eigentlich noch Verkäufer/in lernen in der klaren Erkenntnis, daß er/sie nur noch einen Teilzeitarbeitsplatz erhält? Und wenn sie dann wegen des geringen Verdienstes davon nicht leben können, müssen sie sich zwei oder drei Jobs suchen. Bei der Konkurrenz dürfen sie nicht zugleich tätig sein, also müssen sie zum Teil berufsfremd arbeiten. Das kann doch nicht gesellschaftspolitische Linie werden!

HK: Wir leben in einer spätindustriellen, andere sagen großspuriger postindustriellen Übergangsphase, wo mehr aus der Freizeit als im Arbeitsprozeß gelebt wird, wo es darum geht, Zeitsouveränität zurückzugewinnen. Flexibilisierung und Arbeitsplatzteilung mögen keine problemlosen Erfindungen sein. Sie scheinen von einem größeren

Bevölkerungsteil aber durchaus gewünscht zu werden und Bedürfnissen nach mehr Selbstgestaltung entgegenzukommen. Aber je souveräner der einzelne auch mit seiner Arbeitszeit umgehen kann, um so schwerer ist er gewerkschaftlich zu organisieren. Die Vorboten dieser Entwicklung sind doch wohl jetzt schon spürbar ...

Blättel: Ich bestreite das entschieden. Wenn jemand u. U. zwei Jobs haben muß, um existieren zu können, dann hat das weiß Gott nichts mit mehr Freiheit zu tun. Es kann sein, daß manche das möchten. Aber jobben ist etwas für Studenten, nicht für Familienväter und Familienmütter.

„Ich verteidige den Samstag und den Sonntag mit Klauen und Zähnen“

HK: Wenn z. B. beide Partner arbeiten, ist es sehr gut denkbar (warum nicht erstrebenswert?), daß sie sich auf zwei Halbspitzenplätze oder auf 1½-Plätze beschränken ...

Blättel: Ich warne vor allzu romantischen Vorstellungen. Damit es nochmals ganz klar wird: Die Masse unserer Bevölkerung kann nur leben von einem Einkommen, das in der Regel durch Ganztagsarbeit erzielt ist. Hochverdiener ja, die können sich das leisten, aber dort geht es meistens von der Funktion her nicht. Wir haben als Sozialstaat die Pflicht, für Vollerwerbsplätze für alle zu sorgen, weil nur so die Lebensgrundlagen gesichert werden können. Ich habe Zeitsouveränität, wenn mir ein ausführliches Einkommen sicher und wenn die Zeit, die ich dafür aufwenden muß, nicht zu lang ist.

HK: Sie sagten vorhin, Sie hätten nichts gegen Flexibilisierung. Aber Sie sind gegen das Blüm-Modell der „schwingenden 4-Tage-Woche“, das übrigens ursprünglich von den katholischen Sozialethikern Schneider (Regensburg) und Herr (Paderborn) stammt ...

Blättel: Also, wenn das auch noch katholische Sozialethiker ausgebrütet haben, dann sind sie mit daran schuld, daß der Sonntag flötenght. Wer den Sonntag retten will, der muß mit den Gewerkschaften für den freien Samstag kämpfen. Wenn nämlich die Produktion künftig auch samstags läuft, werden alle Reparaturen sonntags gemacht. Und der Reparaturanteil wird immer größer, weil die Maschinen komplizierter sind. Das ist das eine. Das andere ist, daß dieser Arbeitszeitvorschlag den Arbeitstag von heute 8 auf 9 Stunden verlängern will. Das erschwert es noch mehr, Familienaufgaben und Erwerbsarbeit jeden Tag unter einen Hut zu bringen. Das Modell haben Männer ausgedacht, die offenbar nie selbst Familienaufgaben erfüllt haben. Sie mögen diese Feststellung für böse halten. Ich bleibe dabei.

HK: Unsereiner hat eher den Eindruck, gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit gibt es zwar eine große Koalition zwischen den Kirchen und den Gewerkschaften. Aber die Kirchen verteidigen den Sonntag, die Gewerkschaften das freie Wochenende.

Blättel: Wenn die Kirchen nicht kapierten, wie in den Betrieben die Arbeit organisiert wird, kann ich den Kirchen nicht helfen. Die Folge von mehr Samstagsarbeit wird automatisch mehr Sonntagsarbeit sein.

HK: Wieso sollte das zwangsläufig sein? Wartungs- und Reparaturarbeiten am Sonntag z. B. dürften sich in viel engeren Grenzen halten als die sonntäglichen Freizeitdienstleistungen.

Blättel: Mit mir ist ein Geschäft dieser Art nicht zu machen. Ich verteidige den Samstag und den Sonntag mit Klauen und Zähnen. Weil alle anderen Ansätze nicht von den Bedürfnissen der Menschen, sondern vor allem von noch mehr Rentabilität des Kapitaleinsatzes ausgehen.

HK: Sie haben die Bedürfnisse der Familien angesprochen. Gibt es für Sie so etwas wie eine ideale Arbeits- und Freizeitgestaltung für die Familie? Und verträgt sich die schwingende Arbeitswoche mit dem in der Regel freien Sonntag nicht gut mit Familienbedürfnissen?

Blättel: Bei der schwingenden Arbeitswoche schwingt die ganze Familie, die Freundschaften schwingen, alles schwingt mehr auseinander als zusammen. Ich kann daran nichts Familienfreundliches feststellen. Für Singles, die sich weder um Kinder noch um alte Menschen und ihre täglichen Bedürfnisse kümmern müssen – oder wollen –, ist sie vielleicht ideal. Aber auch nur für sie.

HK: Wenn der Sonntag zum normalen Arbeitstag würde, ja.

Blättel: Ich glaube, wir drehen uns im Kreis. Sie haben eine feste Position, und ich habe eine andere, die ich Ihnen verständlich machen möchte.

„Ich glaube nicht, daß die sinnstiftende Bedeutung der Arbeit abnimmt“

HK: Frau Blättel, wir befinden, was die Einschätzung der Arbeit betrifft, uns offenbar in einem etwas zwiespältigen Übergang. Auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft nimmt die sinnstiftende Bedeutung der Arbeit ab. Durch die Individualisierung der Lebensverhältnisse wird Arbeit für den einzelnen zugleich unentbehrlich. Und viele Frauen aus bürgerlichen Schichten arbeiten nicht des Lebensunterhalts und in erster Linie auch nicht der Wohlstandsmehrung wegen, sondern um sich von der Haushaltsrolle zu emanzipieren und zur Steigerung des Selbstwertgefühls. Wie löst sich diese Spannung auf?

Blättel: Das Wort Emanzipation paßt nicht hierher. Es geht um Selbstentfaltung. Ich sage als Katholikin: Es geht um den biblischen Auftrag, daß wir uns die Erde untertan machen und daß wir unsere Talente nützen sollen. Dazu gehört nun mal die Arbeit. In der Tat nennen die meisten Frauen als Motive für ihre Erwerbsarbeit an erster Stelle auch gar nicht den Lohn, sondern Selbstentfaltung, Teil-

habe an der Arbeitswelt, die Möglichkeit aus sich etwas zu machen, was immer das auch sei. Ich glaube auch nicht, daß die sinnstiftende Bedeutung der Arbeit abnimmt. Die große Zahl der Studierenden an den Universitäten ist doch z. B. kein Beleg für Rückzug aus der Arbeit. Natürlich ist Arbeit nicht alles im Leben, deshalb freue ich mich über unsere Chance, einen Teil der hohen Arbeitsproduktivität in kürzere Arbeitszeit umzumünzen.

HK: Verlagert sich das Bestreben nach Selbstverwirklichung in Wirklichkeit nicht bereits mehr und mehr in die Freizeit und in Beschäftigungen – soziale, bildungsmäßige – selbstbestimmter Art? Und in solche Lebensart ordnet sich dann eine möglichst flexible Arbeitszeitgestaltung mit vielfältigen Tätigkeiten besser ein.

Blättel: Ich denke, wir müssen immer erst hinhören, was da besprochen wird. Reden wir über die anderen, was sie als Selbstverwirklichung anstreben sollten, oder reden wir über die Fakten? Ich bin überzeugt, daß kein Mensch nur

in einem Bereich sich verwirklichen kann. Zum vollen Menschsein gehört es, daß er/sie in allen wesentlichen Bereichen teilhaben kann: an der Familie, auch indem Väter in die Kindererziehung und in die ganz praktische Familienarbeit einbezogen werden; an der Erwerbsarbeit; an der Gemeinwesenarbeit, zu der Frauen chancengleichen Zugang haben sollen. Alle sollen möglichst an allem teilhaben ...

HK: Was aber dann erst recht zu vielfältigeren, differenzierteren Beteiligungsformen am Erwerbsleben führen dürfte ...

Blättel: Ja, die haben wir auch schon. Eine Hilfe zur weiteren Förderung ist die Verkürzung der Arbeitszeiten. Ich bin dafür, daß alle weniger arbeiten müssen, damit möglichst alle an allem arbeiten oder teilhaben können. Insbesondere glaube ich, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden ein unverzichtbarer Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

Zeugnis geben, aber wie?

Evangelische und katholische Überlegungen zur Glaubensweitergabe

Die Weichen sind in beiden Kirchen gestellt: Am 10. November verabschiedete die Synode der EKD ein Dokument zum Thema „Glauben heute“, das die Grundlage für das Gespräch und die Weiterarbeit in den Gemeinden bilden soll. 1990 wird sich die Synode erneut mit dem Thema „Glauben heute“ beschäftigen. In welcher Weise die Gemeinsame Studientagung von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken über die Weitergabe des Glaubens von Mitte November (vgl. HK, Dezember 1988, 558–560) eine Fortsetzung finden wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Die Impulse der Studientagung dürften aber im deutschen Katholizismus nicht ganz ohne Wirkung bleiben. Was hat das bisherige Gespräch in den beiden Kirchen über den Glauben und seine Weitergabe heute erbracht, und welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Nach der Verabschiedung des „Glaubenspapiers“ der Synode sprach Bischof *Martin Kruse*, seit 1985 Ratsvorsitzender, von einer „wichtigen Stunde in der Geschichte der EKD“. Damit meinte der Berliner Bischof wohl weniger die einzelnen Aussagen des Dokuments als die Tatsache, daß sich die Synode überhaupt zu diesem zentralen Punkt christlicher Existenz und kirchlichen Lebens geäußert hatte. Schon vor einiger Zeit stand die Frage nach der Zukunft der Volkskirche auf der Tagesordnung der Synode; erst in den letzten Jahren hat sich aber die Einsicht Bahn gebrochen, daß es der evangelischen Kirche angesichts erheblicher Austrittszahlen und Schrumpfung der Gottesdienstgemeinden nicht nur darum gehen kann, weiteres

Abbröckeln möglichst zu verhindern, sondern daß es einer Krise des Glaubens und seiner Weitergabe unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu begegnen gilt. Die vielbeachtete, teilweise aber auch deutlich kritisierte Studie „Christsein gestalten“ von 1986 (vgl. HK, August 1986, 380–383) hatte zwar sehr klar die Spannung zwischen traditioneller Kirchlichkeit und moderner Lebenswelt herausgearbeitet, den Glauben der Kirche selber aber nicht thematisiert.

In der Analyse ist man sich weitgehend einig

Die Studientagung von Bischofskonferenz und Zentralkomitee war eine Frucht der Bemühungen um eine Weiterführung der Würzburger Synode der deutschen Bistümer. Damals hatten sich Bischöfe, Priester und Laien intensiv mit Fragen beschäftigt, um die es jetzt auch bei der Gemeinsamen Studientagung ging: Religionsunterricht, Gottesdienst, Dienste und Ämter, Gemeinde usw. In Würzburg hatte man sich auch auf ein Grundlagentextdokument zur gegenwärtigen Glaubenssituation verständigt. Aber seinerzeit wurde die Lage des Glaubens noch längst nicht so prekär empfunden wie jetzt bei den Beratungen in Bonn-Bad Godesberg. Damals stand die Frage im Vordergrund, wie die Anstöße des Konzils unter den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik umzusetzen seien. Inzwischen ist weithin deutlich geworden, daß